

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

### **zum Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 5/289 „Gründung einer Task-Force zum S-Bahn-Chaos und Durchsetzung aller rechtlich verfügbaren Sanktionsinstrumente“**

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf,

- alles in ihren Möglichkeiten und Kompetenzen zu unternehmen, um gemeinsam mit dem Land Berlin für eine reibungslose und vertragsgemäße Gestaltung des S-Bahnverkehrs zu sorgen, um damit zur Wiederherstellung des Normalbetriebes der S-Bahn beizutragen.
- die Sanktionsmöglichkeiten im Rahmen des S-Bahnvertrags weiterhin konsequent anzuwenden und gemeinsam mit dem Land Berlin die Nachverhandlungen zum S-Bahn-Vertrag zu forcieren.
- die wegen Nicht- bzw. Schlechtleistung einbehaltenen Mittel zweckgebunden dem ÖPNV-System zur Verfügung zu stellen.
- im Zusammenwirken mit dem VBB auf Entschädigung der Fahrgäste zu dringen.
- gemeinsam mit dem Land Berlin im I. Quartal 2010 die Variantenprüfung zur Vergabe von S-Bahnleistungen abzuschließen. Im Falle einer Entscheidung für die wettbewerbliche Vergabe eines, mehrerer oder aller Teilnetze ist das Vergabeverfahren zügig vorzubereiten, wobei auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu achten ist.
- darauf hinzuwirken, dass der Bund gegenüber der DB AG Belange des Allgemeinwohls durchsetzt.
- dass das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft im Fachausschuss zeitnah über den Sachstand berichtet, insbesondere über die Ergebnisse der Variantenprüfung zur Vergabe von S-Bahnleistungen.

#### Begründung:

Das Land Brandenburg hat ein großes Interesse an kurzfristig wirksamen und an langfristig tragfähigen Lösungen für die Probleme bei der S-Bahn. Zunächst muss alle Kraft darauf gerichtet werden, die von der S-Bahn Berlin GmbH zu verantwortende chaotische Situation so schnell wie möglich zu normalisieren und die vertragsgemäße Gestaltung des S-Bahnverkehrs wiederherzustellen. Die Länder Berlin und Brandenburg werden dazu auf Länderebene und im Rahmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg mit dem notwendigen Nachdruck ihre Forderungen gegenüber der S-Bahn Berlin GmbH deutlich machen. Klar ist: die vom Land Brandenburg wegen Nicht- und Schlechtleistung einbehaltenen Mittel werden dem ÖPNV-System in Brandenburg zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

Langfristig sind tragfähige Lösungen im Hinblick auf die Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Bahnverkehrs notwendig. Dafür muss jetzt die Grundlage gelegt werden: durch eine ergebnisoffene Variantenprüfung, durch die frühzeitige Vorbereitung von Folgeregelungen nach dem Auslaufen des S-Bahnvertrags und durch das Eintreten für eine Allgemeinwohlverpflichtung der DB AG.

Dr. Dietmar Woidke  
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser  
für die Fraktion Die LINKE